

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Niklas Schrader und Anne Helm (LINKE)**

vom 03. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Februar 2021)

zum Thema:

**Angriffe auf Parteibüros und ihre Dokumentation in den Jahren 2019 und 2020 (II)**  
**– Nachfrage zur Drs. 18/26000**

und **Antwort** vom 16. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Feb. 2021)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE) und  
Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26490  
vom 03. Februar 2021  
über Angriffe auf Parteibüros und ihre Dokumentation in den Jahren 2019 und 2020  
(II) – Nachfrage zur Drs. 18/26000

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie weit ist das Strafermittlungsverfahren zu einer mutmaßlichen Sachbeschädigung an einem Haus in der Colbestraße im Ortsteil Friedrichshain fortgeschritten, die laut Antwort auf die Schriftliche Anfrage auf Drs. 18/26 000 und einer Polizeimeldung am 28. September 2020 von einer Objektschutzstreife an einem Parteibüro festgestellt wurde?

Zu 1.:

Der Ermittlungsvorgang wurde zwischenzeitlich von der Polizei Berlin abgeschlossen und der sachleitenden Staatsanwaltschaft Berlin zur Entscheidung übersandt. Diese steht noch aus.

- a. Trifft es zu, dass es sich bei den beschriebenen Sachbeschädigungen neben einem Anarch Symbol um ein an sich nicht politisch interpretierbares Graffiti-Tag als Signaturkürzel bzw. Pseudonym eines sogenannten Writers handelte?

Zu 1.a.:

Ja.

- b. Auf welche Weise hat die Polizei ermittelt, dass sich in dem unter 1. genannten Gebäude ein Parteibüro der AfD befindet?

Zu 1.b.:

Der Polizei Berlin liegen keine Ermittlungserkenntnisse darüber vor, dass sich in dem unter 1. genannten Gebäude ein Parteibüro der AfD befindet. Bei der Aufnahme der Strafanzeige wurde dies von den eingesetzten Dienstkräften irrtümlich angenommen. Die Schriftliche Anfrage Drs. 18/26000 wurde unter anderem auf der Grundlage des „Kriminalpolizeiliche[n] Meldedienst[es] in Fällen der Politisch motivierten Kriminalität“ (KPMD-PMK) beantwortet. Hierbei handelt es sich um eine Eingangsstatistik. Ein Fall wird demzufolge sofort bei Bekanntgabe gezählt und nicht erst nach Abschluss der

Ermittlungen. Zum Zeitpunkt der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage war die Neubewertung des erfragten Sachverhalts hinsichtlich des Gebäudes durch den KPMD-PMK noch nicht erfolgt.

- c. Hat die Polizei im Rahmen des Ermittlungsverfahrens zur AfD bzw. ihren Vertreter\*innen Kontakt aufgenommen? Wenn ja, wann? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Zu 1.c.:

Nein. Im vorliegenden Ermittlungsverfahren haben sich keine Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen den Farbschmierereien und der Partei AfD ergeben.

2. Aus welchen jeweiligen Gründen hat die Polizei die unter 1. genannte Tat laut Drs. 18/26 000 den Themen
- a. Antifaschismus (AF),
  - b. gegen rechts (ggre)
- zugeordnet, obwohl in der Friedrichshainer Colbestraße kein äußerlich als solches erkennbares Büro der AfD existiert?

Zu 2.:

Die Vergabe des Themenfeldes „Antifaschismus“ und des Unterthemas „gegen rechts“ des Themenfeldes „Konfrontation/politische Einstellung“ erfolgte, da auf Grundlage des angebrachten Anarchie-Symbols die Einschätzung getroffen wurde, dass es sich um eine Tat der Politisch motivierten Kriminalität -links- handeln könnte.

3. Welche polizeilichen Dienststellen haben die vorgenannten Zuordnungen zu den Themen wann jeweils vorgenommen?

Zu 3.:

Die Zuordnungen wurden durch Dienstkräfte der Koordinierungsstelle Staatsschutz des Landeskriminalamtes Berlin (LKA) vorgenommen.

4. Wann und wie wurden die vorgenannten Zuordnungen zu den Themen im Laufe des Ermittlungsverfahrens gegebenenfalls geändert?

Zu 4.:

Die vorgenannten Zuordnungen wurden nicht geändert.

5. Aus welchen Gründen erhielt die unter 1. genannte Tat eine Zuordnung zum Thema „gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ (ggSta), andere in Drs. 18/26 000 aufgelistete vermeintliche Taten gegen Partei- oder Abgeordnetenbüros jedoch nicht?

Zu 5.:

Unter anderem wurde bei der unter 1. genannten Tat ein Anarchie-Symbol angebracht. Daher wurden sowohl das Themenfeld „Anarchismus“ als auch das Unterthema „gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole“ des Themenfeldes „Konfrontation/politische Einstellung“ vergeben. Bei anderen in der Drucksache 18/26000 aufgelisteten Sachverhalten wurde diese gegen den Staat und seine freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Symbolik nicht verwendet, sodass dort auch nicht die Vergabe dieses Themenfeldes bzw. Unterthemas erfolgte.

6. Welche Kenntnisse hat der Senat darüber, dass sich unter der Adresse des Parteibüros auch ein nicht gekennzeichnetes Büro eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses befindet, für dessen Unterhaltung die Kostenpauschale für Mandatsträger\*innen in Anspruch genommen wurde?

Zu 6.:

Hierzu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

7. Welche Hinweise hat der Senat darüber, ob unter der Adresse des „Parteibüros“ folgende extrem rechte Organisationen oder deren aktuelle oder ehemalige Mitglieder bzw. Anhänger\*innen Räumlichkeiten nutzen?
- „Identitäre Bewegung“,
  - „Junge Alternative“,
  - „Der Flügel“ der AfD,
  - Berliner Burschenschaft Gothia.

Zu 7.:

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen den Sicherheitsbehörden in Berlin bezüglich der genannten Organisationen nicht vor.

8. Welche polizeilichen Ermittlungsgruppen oder Sonderkommissionen mit welchem jeweiligen Gründungsdatum, welcher Aufgabenbeschreibung und Personalstärke befassen sich derzeit mit der Ermittlung von Straftaten auf und im Zusammenhang mit Partei- und Abgeordnetenbüros?

Zu 8.:

Derzeit bestehen in der Polizei Berlin zwei Ermittlungsgruppen (EG) im Sinne der Fragestellung.

Seit dem 8. April 2020 besteht die EG Blau im LKA. Diese ist mit der Aufklärung von Straftaten zum Nachteil von in Funktionen gewählten Personen, Mitgliedern und unterstützenden Personen der politischen Partei AfD sowie ihr nahestehender Institutionen befasst.

Im Rahmen der Ermittlungen der EG Rechtsextremistische Straftaten in Neukölln (EG RESIN) beim LKA 5, welche mit Wirkung zum 25. Januar 2017 eingerichtet und mit Wirkung zum 11. Mai 2019 in der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) Fokus des LKA 5 aufging, wurden in zwei Fällen Verfahren zum Nachteil von Parteibüros geführt. Die EG RESIN wurde aufgrund der Häufung rechtsextremistischer Straftaten in Berlin-Neukölln (vorwiegend Brand- und Sachbeschädigungsdelikte) eingerichtet. Die aus der EG RESIN aufgewachsene LKA 5 BAO Fokus wurde eingerichtet, um die Ermittlungen in veränderter Form fortzuführen und nochmals durch bisher nicht mit den Verfahren befasste Dienstkräfte zu überprüfen.

Über die Anzahl der in den beiden EG eingesetzten Dienstkräfte erfolgen aktuell aus ermittlungstaktischen Gründen keine Angaben.

9. Wann und zu welchen jeweiligen Zwecken wurde die sogenannte „Soko Blau“ oder „EG Blau“ gegründet?
- Aus wie vielen Polizeidienstkräften welcher Dienststellen setzt sich die „EG Blau“ zusammen?

Zu 9. und 9.a.:

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

- Auf den Beschluss welcher Dienstkräfte in welchen polizeilichen Dienststellen geht die Einrichtung einer „EG Blau“ zurück? (Bitte nach Möglichkeit Dienststelle und Funktion der Dienstkräfte nennen.)

Zu 9.b.:

Die Einrichtung der EG Blau wurde durch den Dezernatsleiter des LKA 52 initiiert.

- Wie viele Ermittlungsverfahren aufgrund welcher Delikte wurden und werden von der „EG Blau“ bearbeitet?

Zu 9.c.:

Durch die EG Blau wurden und werden 80 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Brandstiftung, Sachbeschädigung, Beleidigung, üblen Nachrede, Nötigung, öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, des besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs, Missbrauchs von Notrufen, Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz, Hausfriedensbruchs und Diebstahls bearbeitet.

- d. Nach welchen genauen Kriterien werden Ermittlungsverfahren von der „EG Blau“ übernommen?

Zu 9.d.:

Sämtliche in Berlin begangene Straftaten, die sich direkt gegen Mitglieder, in Funktionen gewählte Personen, unterstützende Personen der Partei AfD und ihr nahestehende Institutionen richten, werden bis auf Weiteres innerhalb der EG „Blau“ des LKA bearbeitet.

- e. Wie viele Ermittlungsverfahren führt die „EG Blau“ auch zu Straftaten, die sich gegen Anhänger\*innen extrem rechter oder rechtspopulistischer Organisationen im Umfeld der AfD, die aber nicht der AfD angehören, richten?

Zu 9.e:

Eine Erfassung von Daten im Sinne der Fragestellung erfolgt nicht.

10. Aus welchen Gründen hat die Berliner Polizei angesichts des hohen Aufkommens an Straftaten gegen Gebäude von Einrichtungen/-Repräsentant\*innen demokratischer Parteien, wie sie in Drs. 18/26 000 aufgelistet sind, lediglich eine Ermittlungsgruppe eingerichtet, die sich speziell mit der Aufklärung von Straftaten gegen Angehörige der AfD und nicht auch anderer Parteien befasst?

Zu 10.:

Die EG Blau wurde aufgrund eines zum Gründungszeitpunkt stark erhöhten Straftatenaufkommens zum Nachteil von Mitgliedern, in Funktionen gewählte Personen und unterstützende Personen der politischen Partei AfD sowie ihr nahestehender Institutionen ins Leben gerufen. Ausschlaggebend waren insbesondere mehrere, in zeitlich enger Abfolge von zuerst drei, später fünf verübten Brandstiftungen an privaten Pkw von AfD-Mitgliedern sowie einem Sympathisanten.

Brandstiftungen stellen im Vergleich zu den übrigen zum Nachteil von Parteien begangenen Straftaten eine weitere Eskalationsstufe dar. Diese sind neben einem großen Sachschaden für die geschädigte Person auch immer mit der Möglichkeit weiterer Kollateralschäden verbunden. Ein unkontrolliertes Überspringen des ausgebrochenen Brandes auf weitere Pkw oder im schlimmsten Fall auch auf die Substanz eines Gebäudes ist stets in Betracht zu ziehen. Damit einhergehende potenziell schwere Folgen, auch und insbesondere für die körperliche Unversehrtheit von Personen, können regelmäßig nicht ausgeschlossen werden.

Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Berlin wurden die Ermittlungen zu den Brandstiftungen und zu weiteren Taten insbesondere aufgrund der Deliktsschwere unter dem Straftatbestand des § 129 Strafgesetzbuch, Bildung krimineller Vereinigungen, zusammengeführt.

Im angefragten Zusammenhang ist bzw. war ein vergleichbares deliktisches Aufkommen mit Bezug zu anderen Parteien bislang nicht festzustellen.

Berlin, den 16. Februar 2021

In Vertretung

Torsten Akmann  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport